

Antrag

Hannover, den 07.05.2019

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU**Ambulante Pflege sichern - Tarifvertrag Soziales zügig realisieren**

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Die Existenz von ambulanten Pflegediensten und damit die flächendeckende ambulante Versorgung mit pflegerischen Leistungen auch in den ländlichen Regionen Niedersachsens sind bedroht. Der Fachkräftemangel in diesem Bereich führt derzeit dazu, dass mancherorts Pflegebedürftige abgewiesen werden. In aktuellen Schiedsverfahren wurden für den Schiedsspruch wieder Mittelwerte der anfallenden Kosten einzelner Anbieter gebildet, was sich negativ für die Pflegedienste auswirkt, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Tarifvertrag entlohnt werden. Pflegedienste prognostizieren einen möglichen Versorgungsengpass der durch Schließungen bzw. Reduzierung von Leistungen entstehen könnte. So verkleinerte die Caritas Hildesheim bereits Mitte April ihren Einzugsbereich für die Pflege und kürzte verfügbare Leistungen. Insbesondere die Vergütung der Anfahrtszeiten ist durch eine Pauschale (Wegpauschale) häufig nicht kostendeckend. Ein Lösungsansatz für die Sicherstellung der flächendeckenden ambulanten Pflege findet sich in der Einigung zwischen den Trägerverbänden der Pflegedienstleister und den Krankenkassen. Diese konnten sich im März auf eine rückwirkende Steigerung der Vergütung häuslicher Besuche und eine Erhöhung der Wegpauschale einigen.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung,

1. gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretungen, den privaten, kommunalen und freigemeinnützigen Pflegeanbietern sowie den Sozialhilfeträgern in einen erneuten Dialog zu treten und auf eine schnelle Realisierung eines Tarifvertrages Soziales in der Altenpflege in Niedersachsen hinzuwirken,
2. den Bund aufzufordern, die Voraussetzungen zu schaffen, um eine auskömmliche Finanzierung der Wegpauschalen durch die Pflegekassen insbesondere für ländliche Bereiche zügig umzusetzen und sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass die gesetzlichen Spielräume für die Finanzierung von auskömmlichen Wegpauschalen ausgenutzt werden,
3. nach Abschluss des Tarifvertrags Soziales gegenüber dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung hinzuwirken,
4. sich im Bund dafür einzusetzen, ein Verbandsklagerecht für Pflegeanbieter einzuführen, um die Position einzelner Pflegeträger zu stärken, damit Verbände im Namen der einzelnen Träger auch gegen Schiedssprüche juristisch vorgehen können,
5. sich im Bund dafür einzusetzen, die Voraussetzungen zu schaffen, damit Vergütungsvereinbarungen mit Dachverbänden der Leistungsanbieter abgeschlossen werden können,
6. alle aufsichtsrechtlichen Möglichkeiten gegenüber den Kostenträgern landesseitig auszuschöpfen,
7. die Entlohnung nach Tarif als Voraussetzung für die Zusage von Investitionsmitteln ins Niedersächsische Pflegegesetz mit aufzunehmen,
8. die Voraussetzung zu schaffen, dass Entscheidungen der Schiedsstelle in anonymisierter Form regelmäßig veröffentlicht werden.

Begründung

Durch den demografischen Wandel innerhalb der Gesellschaft werden die Bedarfe in der Pflege perspektivisch steigen. Deswegen muss die pflegerische Versorgung langfristig sichergestellt werden: Es muss verhindert werden, dass die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen unter den Interessensverhandlungen leiden. Der Pflegeberuf muss attraktiver werden, dieses beinhaltet sowohl die finanzielle Ausstattung als auch die gesellschaftliche Anerkennung und insbesondere gute Arbeitsbedingungen. Ziel sollte sein, in der ambulanten Pflege bei tariflicher Bezahlung auch eine gleiche Vergütung zu realisieren.

Für die Fraktion der SPD

Johanne Modder
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion der CDU

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer